

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 20,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 25,- M. Für Postbestellung schenken sämtliche Postämter Befreiungen entgegen. Unter Kreuzband bringen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., für Belgien, Holland, Dänemark, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 1,- M., einschließlich Anzeigenvermittlung. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenvermittlung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Gesuch-Angebote in Kleinanzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2020, 2045, 4510 4503, 4535, 4518, 4522.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vormarsch auf Warschau

Durchbruch der Narewlinie

Paris, 3. August.

„Havas“ veröffentlicht folgenden Bericht der Bolschewisten vom 2. d. Mts.: In der Gegend von Lomzha wurden die Ufer des Bobr und des Narew überschritten. Die Offensiv wird energisch fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt Bolok besetzt, ebenso die Station Balmaszew. Vier Geschütze wurden erbeutet. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neues Gebiet erobert. Eine feindliche Batterie wurde erstickt.

Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen

London, 3. August. (Reuter.)

Ein Moskauer Funkspruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

W. Paris, 3. August.

Ueber die Verhandlungen der polnischen Delegation mit den Bolschewisten sind immer noch keine Nachrichten eingetroffen. Die polnische Waffenstillstandskommission kam mit vierstündiger Verspätung am Zusammenkunftsort an. Der Führer der Delegation ist der frühere Kommandeur der ersten polnischen Armee, General Komar, er wird begleitet von dem Obersten Sokolob, der mit den Bolschewisten bereits an der Murmanküste verhandelte. Der dritte Delegierte ist der Vizepräsident des Ministerrats, Problemoff.

Die Delegation der U. S. P. in Moskau

Dem Unabhängig-Sozialdemokratischen Zeitungsdienst hat Genosse Crispian folgende, vom 23. Juli datierte Nachricht aus Moskau zugehen lassen:

„Deutsche Delegation der U. S. P. D. am 18. Juli 20 in Petersburg eingetroffen. Am 19. Juli feierliche Eröffnung des 2. Kongresses der 3. Internationale in Petersburg im Taurischen Palais. Zug der Delegierten mit Musik und Fahnen, begleitet von Arbeiter- und Kinderdemonstrationen. Lenin sprach über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der 3. Internationale. Lenin sprach russisch, mit Rücksicht auf die vielen russischen Arbeiter und Frauen, die der Eröffnungssitzung beiwohnten. Die Uebersetzung der Rede ist in Aussicht gestellt, aber noch nicht vorgelegt.“

Am 20. Juli fuhr der gesamte Kongress mit Extrazügen nach Moskau. Am 23. Juli wurde die zweite Sitzung des Kongresses im alten Jarschloß im Kreml abgehalten. Sinowjew referierte in deutscher Sprache über die Notwendigkeit und die Aufgaben der politischen (kommunistischen) Partei. Die politische Partei sei notwendig vor der Eroberung der politischen Macht und notwendig, so von noch größerer Bedeutung, während der Diktatur des Proletariats. Die moderne Dreigliederung der Arbeiterbewegung sei Partei, Gewerkschaften, Räte. Ueber Gewerkschaften und Räte beherrscht und geführt von der Partei. Die Rede war eine Abfrage an den Syndikalismus und an die A. U. P. D.

Am 21. Juli nahm die Delegation der U. S. P. D. an einer Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale teil. Crispian gab eine gedrungene Darstellung von der Entwicklung und dem Wesen der U. S. P. und dem Auftrag ihrer Delegation. Sie sei gekommen als Einleitung zu Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses der U. S. P. D. mit der 3. Internationale. Von Mitgliedern des Exekutivkomitees wurden verschiedene Fragen an die Delegation der U. S. P. D. gerichtet, die in einer weiteren Sitzung beantwortet werden sollen. Das Exekutivkomitee beschloß, die Delegation der U. S. P. D., wie die Genossen der französischen sozialistischen Partei, einzuladen, am Kongress mit beratender Stimme teilzunehmen. Sobald die Arbeiten des Kongresses es gestatten, werden die Verhandlungen des Exekutivkomitees mit der Delegation der U. S. P. D. fortgesetzt.“

Röpenick in Zittau

Nach zuverlässigen Nachrichten aus Zittau scheinen hinter den Vorgängen, die zum Generalaufstand und zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt haben, unverantwortliche Elemente zu stehen, die der Spitze Kunst entstammen. Die Vorgänge haben absolut keinen politischen Hintergrund; nur Herren können des Glaubens sein, daß sich von Zittau aus eine Regierung fürzen oder gar die Räterepublik proklamieren lasse. Die Verhängung des Belagerungszustandes durch die tschechische Regierung erweist sich als eine höchst blödsinnige Maßnahme, zumal sie ihn nicht nur über Zittau, sondern auch über Löbau verhängt hat, wo absolut nichts geschehen war. Zuguterletzt ist gegen Zittau ein halbes Regiment Reichswehr in Bewegung gesetzt worden. Diese Handlung kann sehr leicht als Pro-

Militärdiktatur in Polen

W. Warschau, 2. August.

Die unmittelbare Bedrohung der polnischen Hauptstadt hat die Einsetzung eines Militärgouverneurs für Warschau notwendig gemacht. Dem Vernehmen nach soll mit diesem Posten General Lalinik betraut werden. Für ganz Polen werden auf Befehl des Kriegsministeriums mit unmittelbarer Wirkung Standgerichte eingeführt, die alle Desertionen, Plünderungen, Spionageverbrechen und ähnliche Verbrechen abzurteilen haben. Die einzige Strafe, auf die diese Standgerichte erkennen dürfen, ist die Todesstrafe. Gleichzeitig hat sich der Landesverteidigungsrat veranlaßt gesehen, die polnische Heeresleitung anzuweisen, militärische Führer, die ihre Pflicht vor dem Feinde vernachlässigen, unter gleichzeitiger Verhaftung dem Feldkriegsgericht oder dem Militärgericht zu übergeben. Führer, die in den Verdacht der Feigheit geraten oder beschuldigt werden, Stellungen aufgeben, sind gleichfalls zu verhaften und abzurteilen.

Ungarn rüstet gegen Rußland

W. Budapest, 3. August.

Der Vormarsch der russischen Truppen verursacht in Ungarn lebhafteste Erregung, da man befürchtet, daß die russischen Truppen über die Karpaten in Ungarn eindringen werden. Das Kommando der Nationalarmee gibt bekannt, daß im Falle eines weiteren russischen Vormarsches durch Galizien Freiwilligenformationen aufgestellt und an die Nordgrenze Ungarns geschickt werden sollen. In diesem Zusammenhang wendet sich die ungarische Presse scharfsten gegen die deutsche Regierung wegen der Freilassung Bela Kuns.

Eine deutsche Note

Wie die „F. F. R.“ von zuständiger Stelle erfahren, wird deutscherseits der Friedenskonferenz in Paris eine Note überreicht werden, in der das Ersuchen an die Mächte gerichtet wird, Munitions- und Abfuhrtransporte für die alliierten Truppen in den Abfuhrbezirken rechtzeitig anzumelden, damit die Regierung in die Lage versetzt wird, unliebsame Zwischenfälle von der Art hintanzuhalten, wie sie letzthin in Erfurt und anderen Orten vorgekommen sind.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die von unserer Partei, sowie von den Gewerkschaften und Räten heute 5 Uhr nachmittags im Lustgarten veranstaltete

Massenkundgebung

gegen das neue Zuchthausgesetz muß sich zu einer gewaltigen Demonstration der gesamten Arbeiterklasse Groß-Berlins gestalten.

Erscheint in Massen und bekundet damit Eure Empörung über den neuesten

Anschlag der Reaktion

Die Teilnehmer an der Kundgebung werden ersucht, strengstens darauf zu achten, daß jeder Versuch einer Provokation im Keime erstickt wird. Den Parolen unverantwortlicher Elemente darf keine Folge geleistet werden. Die Anordnungen der von unserer Organisation bestellten Ordner, die durch rote Armbinden kenntlich gemacht sind, müssen unbedingt befolgt werden. Beim Anmarsch geschlossener Züge aus den Betrieben muß die Bannmeile um den Reichstag berücksichtigt werden. Nach Schluß der Demonstration muß für geordneten Abmarsch gesorgt werden.

provokation aufgefaßt werden, aber die „demokratische“ Republik kann Scheinbar Konflikt nur mit Steuergesetzlichen lösen.

Internationale Aktion gegen den Terror

Die ungarische Reaktion bedroht Oesterreich

Wien, 3. August.

Wie die Arbeiterzeitung meldet, richteten der Sekretär und der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission eine Kundgebung an den internationalen Gewerkschaftsbund, in der betont wird, daß die ungarische Reaktion das wehrlose österreichische Land bedrohe. Immer stärker ungarische Truppenkontingente würden an der Grenze Oesterreichs zusammengedrängt. Die österreichische Arbeiterkraft appelliere dringend an die Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Italiens, den österreichischen Volk in seiner äusserst schwierigen Lage beizuhelfen.

Die Horthybande leugnet

Wien, 3. August.

Die Neue Freie Presse erfährt von ungarischer Seite, in Ungarn betrachte man den Fürstenseiler Waffenraub als österreichische Angelegenheit, da in Budapest behauptet werde, die Personen, die an der Verübung teilgenommen haben, seien nicht aus Ungarn gekommen. Allerdings bestehe die Möglichkeit, daß die Waffen gegenwärtig auf ungarischem Boden verborgen gehalten werden.

Kämpfe und Hindernisse auf dem Wege zum Entwaffnungsgesetz

Die gestrige Sitzung des Reichstags war beherrscht von erbitterten Auseinandersetzungen über das Entwaffnungsgesetz, dessen bössartiger Charakter von einer ganzen Reihe unserer Redner erneut beleuchtet wurde. Je länger der Gesetzentwurf unter dem Scheinwerfer sozialistischer Kritik steht, um so klarer tritt die Möglichkeit hervor, daß er — zum Gesetz erhoben — in der Hand einer der Arbeiterbewegung feindlichen Regierung eine außerordentlich gefährliche Waffe gegen die Arbeiterklasse wird. Was wir schon gestern gesagt haben, daß es sich hier um ein in Verkleidung daherschleichendes neues Zuchthausgesetz handelt, ist bei der gestrigen Debatte ausgiebig mit beweisfrächtigen Gründen belegt worden. Und nicht selten lieferten die den Entwurf verteidigenden Reden vom Regierungstisch und von den bürgerlichen Parteien hier das Material für das tiefe Mißtrauen, das in der Arbeiterschaft mit wachsender Gewalt ausludert.

Auch die Bedenken der Rechtssozialdemokratie scheinen im Wachsen zu sein. Ihr Redner Lübbing schilderte, in welcher ganz merkwürdiger Weise in Ostpreußen die „Entwaffnung der Zivilbevölkerung“ gedacht ist. Dort wird von amtlicher Seite die Bewaffnung der Kriegervereine mit Gewehren älteren Modells betrieben. Die — selbstverständlich gut „nationalen“ Mitglieder dieser Vereine sollen mit Militärgewehren Modell 71 und 84 ausgerüstet werden! Das geht auch den Rechtssozialisten über die Hut. Und so rief Herr Lübbing aus, auch seine Fraktion werde nicht dulden, daß dieses Gesetz zu einem Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiter werde. Welches Feuer den Rechtssozialisten dabei auf den Rücken brennt, verriet Lübbing mit der Mitteilung, daß Deputationen ostpreussischer Arbeiter bei der rechtssozialistischen Parteileitung erschienen seien und den Ausbruch großer Streiks für den Fall angekündigt hätten, daß außer der Reichswehr und den Polizeiorganen irgendwelche Kreise im Besitz von Waffen gelassen würden.

Ueberzeugend legte für die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie Dr. Rosenfeld dar, daß dieses Gesetz für uns unannehmbar und überdies auch ganz unnötig sei. Sei die Regierung ernstlich gewillt, die Waffen von dort zu holen, wo sie tatsächlich liegen, so habe sie dazu jetzt schon ausreichende Nachmittel.

In die dunklen Gänge offizieller Waffenschiebungen leuchtete im Laufe der Debatte Frau Jeklin hinein. Ihre Ausführungen gipfelten in dem Nachweis, daß noch nach Spaa unter Beteiligung der mit der Bewertung und Vernichtung von Heereswaffen betrauten Reichstreuhandgesellschaft Gewehre und Munition älteren Typs in private Hände geleitet worden sind.

Dem General v. Gallwitz, einem mehr forschen als glücklichen parlamentarischen Wortführer der Deutschnationalen, ist aus naheliegenden Gründen nichts an einer Mitwirkung irgendwelcher Arbeiterorganisationen bei der Durchführung der Entwaffnung gelegen. Er will völlig freie Hand für die Regierung und ihren Kommissar in der Art und Reihenfolge der Entwaffnungsalaktion. Ihn kränkt an der angekündigten Straffkala bei Nichtablieferung verborgener Waffen nicht die zehnjährige Zuchthausstrafe (die niemals einem der Seinen blühen wird), wohl aber die in Aussicht genommene Geldstrafe von 300 000 M., die vielleicht einem unvorsichtigen begüterten Gesinnungsgenossen Kapps über den Hals kommen könnte. Auch die eidesstattliche Versicherung über den Besitz von Waffen, die der Entwurf vorsieht, macht diesem Deutschnationalen keine Freude und er verlangt die Befestigung, damit seine Freunde nicht in Meinungsgehechten verwickelt werden. Eine parlamentarische Kontrollinstanz dem mit der Durchführung der Entwaffnung betrauten Diktator beizugeben, lehnt der General auch ab.

Und damit war vollkommen klar gestellt, was die Mißbrüder der Kapplinge aus dem Gesetz zu machen bestrebt sind.

Die Herren Deutschnationalen werden aber des Erfolges ihrer Deklamationen nicht froh. Denn nun wurde in ergebigster Weise und mit erdrückendem Beweismaterial aufgezeigt, daß Deutschland tatsächlich ein Waffenlager darstellt, aber ein solches der Reaktion. In langer Folge reichte eine ganze Serie unserer Redner Fall an Fall, wo die Kreise der so biedermännisch sich gebärdenden bürgerlichen Parteien gegen alle Gesetze Waffen aufgespeichert haben und sie strupellos gegen die Arbeiter und ihre politischen Bestrebungen anwenden. Und immer wieder wurde dabei nachgewiesen, daß das geplante Gesetz nicht gegen diese Kreise gemacht werden wird.

Bei all diesen Mißzustellungen wurde schärfste Kritik an den zahllosen Blößen des Entwurfs geübt. Zweimal springt der Minister des Innern ein und — bleibt wirkungslos. Die bürgerlichen Abgeordneten wittern Obstruktion und werden immer nervöser. Die Rechtssozialisten werden von der Nervosität angefaßt. Gegen Abend kommt es zu einer polemischen Explosion. Der Rechtssozialist Schöpflin wirft der U. S. P. vor, ihre Vertreter hätten im Ausschuß gegen das Gesetz keine grund-

fählich ablehnende Haltung eingenommen, unsere Partei für das jetzt im Plenum und zu dem Zwecke, eine Resonanz für unsere Kundgebungen zu schaffen, Jubel und Beifall bei den Bürgerlichen! Die Freude war aber nur von kurzer Dauer. Denn Herr Schöpslin wurde nachgewiesen, daß er sich in der Kommission bei der Beratung des Gesetzes in einem — na sagen wir Dämmerzustand befand, und deshalb die Vorgänge dort nicht mehr recht im Gedächtnis hatte. In einer persönlichen Bemerkung gab er das selber zu und er versöhnte damit alles, was sich über seinen robusten und unangebrachten Angriff ausgegert hatte.

Die Debatte wurde durch einen Schlußantrag gegen den Willen der U. S. P. beendet. Der Entwurf erhielt durch Annahme einiger Abänderungsanträge einige Umgestaltung. So wurde die Bildung eines parlamentarischen Beirats, der dem Reichskommissar beigegeben wird, beschlossen. Leider ist der Einfluß dieses Beirats nicht groß genug. Denn der Reichskommissar kann „in dringlichen Fällen“ grundlegende Ausführungsbestimmungen erlassen, die dem Beirat nur vorgelegt werden brauchen. Ein Antrag der U. S. P., der dem Beirat entscheidende Rechte geben wollte, wurde abgelehnt. Der Paragraph 9, der dem Reichskommissar das Recht gibt, besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben zu schaffen, hat die Bestimmung erhalten, daß diese Organisationen aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt sein müssen. Der Eingriff des Entwaffnungskommissars in das Post- und Briefgeheimnis ist unumgänglich gemacht. Abgelehnt wurde ein rechtssozialistischer Antrag, der genau begrenzen wollte, wer überhaupt noch Waffen tragen darf. Damit sind wieder gewissen reaktionären Bestrebungen große Tore geöffnet.

In der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen hielten sich die Rechtssozialisten meistens an unsere Seite. Das geschah selbst dort, wo ihre Vertreter tags vorher dieses Maß sozialistischer Solidarität mißbilligten. Das ebenso unvernünftige wie polternde Zwischenspiel Schöpslins, das von seinen Freunden selbst nicht gebilligt wurde, änderte nichts an der Tatsache, daß die Rechtssozialisten im Plenum des gestrigen Tages sich gezwungen sahen, ihre, in der Kommission eingenommene Stellung zu ändern und sich zur Wolltätigkeit unserer Partei zu stellen. Die Rechtssozialisten stimmten mit der U. S. P. gegen die entscheidenden Paragraphen. Der § 9 wurde völlig zu Fall gebracht. Die Strafbestimmungen gingen nur mit einer knappen bürgerlichen Mehrheit durch.

Die dritte Lesung des Gesetzes kann infolge des Widerpruchs der U. S. P. erst am Donnerstag erfolgen. Inzwischen muß die Arbeiterklasse mit elementarer Wucht ihren Protest gegen dieses verkappte Zuchtgesetz zum Ausdruck bringen.

Am Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstags gab es bei der dritten Lesung des Gesetzes des Innen u. a. auch noch eine Judenrede. Sie entspann sich im Zusammenhang mit einer von den Deutschnationalen eingebrachten Resolution, nach der die „Judenfrage“ Einwanderung über die Ostgrenze verhindert und die Eingewanderten eventuell interniert werden sollen. Die Genossen Rosenfeld und Breitscheid wandten sich mit Entschiedenheit gegen diesen Antrag. Rosenfeld wies vor allem darauf hin, daß die Zahl der Juden in Deutschland weit geringer sei als behauptet werde, und daß mit dem Antrag die armen russischen Juden, nicht aber die reichen Schieber betroffen würden. Breitscheid unterstrich den antisemitischen Charakter der Resolution und ging mit den Demokraten ins Gericht, die durch die Zustimmung zu ihr eine bessere Vergangenheit verlegneten. Mit den beiden Pfarrern Kozell (Demokrat) und Mumm (Deutschnational) setzte er sich über die vom Christentum gestellte Forderung der Nächstenliebe auseinander, und er wies die Behauptung zurück, daß die Sozialdemokratie nicht das Recht habe, über christliche Nächstenliebe mitzureden. Die Arbeiter ständen dem Christentum näher als die Freunde des Herrn Mumm und ihre Abneigung zeigte sich gegen die gegenwärtige christliche Kirche, die zum Hort der Reaktion geworden ist. Daß die Ausführungen Breitschids auf der rechten den lebhaftesten Widerspruch und stellenweise Sturm der Enttäuschung hervorriefen, war selbstverständlich. Zwischen durch entrollte Genosse Löwenstein in eindrucksvollen Ausführungen das sozialistische Schulprogramm.

Die Zwangswirtschaft für Kartoffeln aufgehoben! Steigerung der Preise in Aussicht

Der Sturm gegen die Zwangswirtschaft hat einen Erfolg davongetragen. In der Montag-Sitzung des Reichswirtschaftsrates des Reichstags stand diese Frage zur Erörterung. Ernährungsminister Hermes gab einen ausführlichen Ueberblick und betonte, daß die Regierung bewußt einen Kampf um die Produktionskosten hinausgehenden Preis von 25 Mk. pro Zentner durch die Verordnung vom Frühommer 1930 angelegt habe, um den Kartoffelanbau zu fördern. Ein Zuschlag zu diesem Preis sei gewährt worden, um die landwirtschaftlichen Organisationen zu bewegen, Lieferungsverträge mit den Städten abzuschließen. Im Hinblick auf den Preis und die erwartete gute Kartoffelernte hätten die Städte aber zurückgehalten und bis jetzt nur Verträge über 35 Millionen Zentner getätigt. Inzwischen habe der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates die Aufhebung der Zwangswirtschaft empfohlen, sofern gewisse Quantitäten von Kartoffeln als Reserve in die öffentliche Hand gebracht würden. Nach Rücksprache auch mit den süddeutschen Ministern möchte er nach eingehender Prüfung der Frage als seine Ueberzeugung aussprechen, daß die Kartoffelverträge zwischen den Städten, den landwirtschaftlichen Organisationen und dem Handel unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müßten, daß außerdem das Reich eine Kartoffelreserve von etwa 15 Millionen Zentner für Fälle akuter Not sich sichern würde, darüber hinaus aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft zweckmäßig erscheine. Der einmal festgesetzte Preis von 25 Mk. solle jedoch bleiben, damit das Vertrauen der Landwirtschaft zur Preispolitik erhalten bleibe.

Abg. Käppler (Soz.), wie auch Schmidt (Berl. Soz.), äußerten starke Bedenken gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft, obwohl sie nicht verkennen, daß infolge des Widerstandes der Landwirte die Zwangswirtschaft tatsächlich zusammengebrochen sei. Genosse Dr. Herz unterstrich diese Ausführungen und legte eingehend dar, daß, obwohl die Frage der Zwangswirtschaft für seine Freunde keine grundsätzliche Frage sei, ihre Aufhebung für legend ein Lebensmittel nur dort eintreten könne, wo die ausreichende Deckung des Bedarfs und normale Preisfestsetzung unbedingt gesichert seien. Das sei aber gegenwärtig bei den Kartoffeln nicht der Fall. Die Angaben über den Anbau und den zu erwartenden Centausfall seien sehr widersprechend, es ist aber mit Sicherheit eine gewaltige Steigerung der Preise zu erwarten. Das sei ja auch der wirkliche Grund für die Anhänger des freien Handels, die nun eine erhebliche Steigerung der Einnahmen der Landwirtschaft aus der Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung er-

warten. Es müsse deshalb an der Bewirtschaftung der Kartoffeln festgehalten werden. Die Preise aber seien erheblich herabzusetzen, da sie jetzt unerträglich hoch sind und weit über die Produktionskosten hinausgehen.

Die übrigen Parteien traten alle für Aufhebung der Zwangswirtschaft und gegen die Herabsetzung der Preise ein. In der Abstimmung, die in der heutigen Sitzung stattfand, wurde sowohl der Antrag der Unabhängigen auf Festsetzung des Erzeugerpreises auf 15 Mk., als auch der der Rechtssozialisten auf 20 Mk. gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Gegen ihre Stimmen wurde die Aufhebung der Zwangswirtschaft beschlossen. Es soll aber die Schaffung einer Reichsreserve von 20 Millionen Zentner vorgenommen werden, zum etwaigen Eingriff bei Notständen.

Der Ausschuß begann sodann mit einer Rede des Ministers Hermes die Erörterung über die Fleischbewirtschaftung. Die sofortige Aufhebung sei unmöglich, es müsse vorher erst eine Sicherung der Biotversorgung durch die Schaffung von ausreichenden Reserven erfolgen und für ausreichende Futtermittel gesorgt sein. Eine Senkung der Viehpreise sei möglich und notwendig, die Reichsfleischkarte könne aber aufgehoben werden.

Die Debatte darüber findet am Mittwoch statt.

Die Kohlenpreise bleiben unverändert

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat hatte bekanntlich eine Erhöhung der Steinkohlenpreise um 25 Mk. pro Tonne beantragt. Der Zechenverband hatte zusammen mit dem großen Ausschuß des Reichskohlenrats diesen Antrag auf 9 Mk. herabgemindert, nachdem die Finanzierung der Städtischen Baulen durch einen Reichsvorschuß von 800 Mill. M. vorläufig sichergestellt worden war. Das Reichswirtschaftsministerium hatte auch gegen eine Preisrückbildung von 9 Mk. Einspruch erhoben. Daraufhin hatte sich eine Kommission der Bergbauuntersektion gebildet, die dem Reichskabinett nochmals ihren Standpunkt darlegte. Das Reichskabinett hat indes die Kohlenpreiserhöhung von 9 Mk., wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, abgelehnt.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung

Die Presse teilt mit, daß die Regierung zum Reichskommissar für die Entwaffnung den Staatssekretär Dr. Peters ernannt hat. Peters war von 1911 bis 1916 Landrat des Kreises Randow, wurde dann in die Reichskartoffelstelle berufen, wurde dann stellvertretender Staatskommissar für Volksernährung im Reichsernährungsamt. Das ist also der unparteiliche Mann, von dem der Reichsminister Koch meinte, er werde das Vertrauen bei allen Parteien finden. Wir können erklären, daß das für uns in keiner Weise zutrifft. Wir haben Gelegenheit gehabt, Herrn Peters in seiner letzten Tätigkeit zu beobachten und wir können deshalb sagen, daß seine Wahl durchaus nicht den angebotenen Willen der Regierung zeigt, die Entwaffnung auch gegen die Reaktion durchzuführen.

Munitionsschiebungen der Entente Unerhörte Herausforderungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)
Erfurt, 3. August.
Der Durchtransport der Poloniaslage durch Deutschland hat in Gerüchten und Erfurt zu verschiedenen Zwischenfällen geführt. Am Sonntag wurde bei einer Prüfung in Erfurt und

Gerüchten festgestellt, daß der Transport entgegen den Bestimmungen, einen Stabsoffizier, 2 Offiziere, 7 Unteroffiziere und 66 Mann mit sich führte. Waffen und Munition waren in dem Transport nicht enthalten. Durch die Kontrolle entstand in Gerüchten ein längerer Aufenthalt. Während in Erfurt ein Hefehäufel ausgewechselt werden mußte, benutzte man die Zeit gleichfalls zur Kontrolle. Auf diese Zwischenfälle hin fordert die Entente, daß die Kontrollkommission in Gerüchten, ebenso wie der Oberbahnhofsvorsteher aus dem Dienst entlassen werden. Weiter behält sie sich die Auslieferung dieser Personen vor. Für jede Stunde der Verspätung, die infolge der Kontrolle entstand, fordert die Entente die Bezahlung einer Konventionalstrafe von 800 000 Mark und droht, bei Wiederholung derartiger Zwischenfälle die gesamte Etappenstraße von Bischofsheim bis Oberschlesien zur Sicherung der Transporte militärisch zu besetzen.

Von der Kontrollkommission Erfurt wurden an die Fraktionen der U. S. P. D., der K. P. D. und der S. P. D., an den Reichsverkehrsminister, an den Deutschen Reichsbahnbeamtenbund Telegramme gefandt, in welchem der Tatbestand des Unterjuchungs-ergebnisses klargestellt wurde und von der Regierung eine un- zweideutige Erklärung für die weiteren Maßnahmen gefordert wird. Nach den Ausführungen, die der Minister Simons am Montag im Reichstag gemacht hat, darf die Stellung der Regierung nicht zweifelhaft sein.

Gegen die Seerestransporte

Die sächsischen Eisenbahner sind nach eingehenden Erörterungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die angeblichen Seerestransporte in Wirklichkeit als Truppentransporte zur Unterstützung der Polen zu betrachten sind. Auf einer in Dresden stattgefundenen Konferenz, an der auch Vertreter der sozialistischen Parteien Sachsens teilnahmen, wurde beschlossen, sofort an alle Betriebsräte der Eisenbahnen Sachsens Anweisungen zu lassen, Ueberwachungskommissionen zu bilden, die das rollende Wagenmaterial zu kontrollieren haben. Die dem Auftruf schloßen sich die U. S. P., die S. P. D., die K. P. D., die A. P. D. und die Allgemeine Arbeiterunion an. Die übrigen Arbeiter werden aufgefordert, die sachgemäße Durchführung der Kontrolle den Eisenbahnerbeitern zu überlassen und sich jeden Eingriff zu enthalten.

Unverbesserliche Digner

Die „Magdeburgerische Zeitung“ hatte die Welt mit den aus den danken Quellen der antibolschewistischen Liga stammenden Märchen über Verhandlungen des Genossen Hilferding mit Sowjetvertretern in Romel beglückt. Die amtlichen Stellen hatten eine sofortige Untersuchung veranlaßt, deren Ergebnis es war, daß die Nachricht als plumper Schwindel bezeichnet werden mußte. Die „Magdeburgerische Zeitung“ schämte sich, bis sie endlich mit der neuen Schwindelnachricht kam, daß man im Auswärtigen Amt anders über diese Verhandlungen denkt und die Sache sehr ernst nehme. Nun muß auch der Vertreter des Auswärtigen Amtes feststellen, daß das Auswärtige Amt die Angelegenheit nur ernst nehmen könne, wenn etwas wahres an der Meldung sei, daß aber auch im Auswärtigen Amt nicht die geringsten Beweise für die Richtigkeit dieser Meldung bekannt geworden seien. Der ostpreussische Oberpräsident, der demokratische Abgeordnete Siehr, habe noch einmal ausdrücklich erklärt, daß alle Nachforschungen ergeben haben, daß solche Verhandlungen nicht stattgefunden haben. Der Widrig der „Magdeburgerischen Zeitung“ ist also mißglückt, das Blatt hat zum zweiten Male geschwindelt, und das ist um so verwerflicher, als es sich nicht etwa um ein nationalliberales, sondern um ein sogenanntes demokratisches Organ handelt.

Weltbergarbeiterstreik im Kriegsfalle Bergarbeitertag in Genf

In der Nachmittags-sitzung vom 2. August kam der Entwurf der Bergarbeiter für die neuen Statuten zur Verhandlung. Hierzu führte der belgische Delegierte De Jardi u. a. aus: Neben der Forderung auf Sozialisierung und Herabsetzung der Arbeitszeit muß auch der Kampf gegen den Krieg geführt werden. Gemäß hat der Vorsitzende recht, wenn er wünscht, daß über Bergarbeitertag nicht gesprochen werden soll, aber andererseits müssen auch die Deutschen erklären, daß sie nichts mehr mit ihrer Bourgeoisie zu tun haben wollen. Dann werden wir wieder Vertrauen haben können.

Der Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter erklärte, daß er mit aller Macht die Einigkeit anstrebe, aber man müsse nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen, sonst würden alle Anstrengungen für eine Befreiung scheitern. Deutschland habe mit seinem Militarismus aufgeräumt, und die Deutschen könnten nur wünschen, daß die anderen Länder seinem Beispiel folgen würden. Zu dem Vorwurf der Zustimmung zu den Deportationen erklärte der deutsche Vertreter, daß die deutschen Gewerkschaften alles getan hätten, um die deportierten Arbeiter wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Dieser Versuch sei von den Militaristen gewaltam unterdrückt und die deutschen Zeitungen um Schweigen gezwungen worden. Dem Antrag der Belgier auf Statutenrevision stimmten wir Deutschen zu, nur wünschen wir eine größere Herabsetzung der Arbeitszeit. In Deutschland haben die Bergarbeiter bereits eine Arbeitszeit von 7 Stunden, und das Ziel muß die sechs Stunden sein. Eine Arbeitszeit von 8 Stunden für die deutschen Bergarbeiter gehört in Deutschland einbüßend der Vergangenheit an.

Der Sekretär der französischen Delegation Bartheil erklärte sich für den verbindlichen Standpunkt des Präsidenten. Eine Verständigung über den wirtschaftlichen Aufbau und die Reorganisation der Welt könne nur möglich sein, wenn der Frieden gesichert werden könne; die Franzosen seien mit der Statutenänderung einverstanden, eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit werde allerdings nicht möglich sein. Die Statutenänderung müsse noch im Verlaufe des Kongresses zur Erledigung kommen. Präsident Smillie stellte fest, daß im Verlaufe eines neuen Krieges der

Internationale Bergarbeiterstreik

erklärt werden müsse. Durch eine solche Erklärung würde ein Krieg unmöglich gemacht werden, denn ohne Kohlen könne ein Krieg nicht geführt werden. Ueber diese Frage müsse der Kongreß einen formellen Beschluß fassen.

Hue (Deutschland), von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärte, daß er den Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, von ganzem Herzen annehme. Es erscheine zweckmäßig, diesen Antrag an eine Kommission zu verweisen, die einen definitiven Vorschlag auszuarbeiten hätte. Wenn wir die Erklärung eines Streikes bei Ausbruch eines Krieges ergeben lassen, so müssen wir auch bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß heute noch Krieg zwischen Polen und Rußland besteht, daß auch in anderen Ländern der Frieden nicht gesichert ist.

Präsident Smillie schlägt vor, diese Angelegenheit dem Internationalen Komitee zu überlassen, das dem Kongreß noch vor Schluß Bericht erstatten soll. Die belgische Delegation erklärte sich damit einverstanden, betont aber, daß unbedingt noch auf diesem Kongreß darüber entschieden werden müsse.

Genf, 3. August.

In der heutigen Sitzung des internationalen Bergarbeiterkongresses, in der das Mitglied des Vorstandes des deutschen

Bergarbeiterbundes, Sachse, den Vorsitz führte, wurde ein Antrag der Engländer über die Nationalisierung der Bergwerke erörtert. Generalsekretär Lodge begründete ihn. Die Nationalisierung allein könne aus der Weltkohlennot herausführen. In den letzten sechs Jahren sei die Erzeugung um 400 Millionen Tonnen zurückgegangen. Einzig Amerika weise eine bescheidene Steigerung der Erzeugung auf. Die Lage in Europa sei geradezu trostlos. Wenn dieser Zustand anhalte, werde es immer schlimmer sein, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Darum müsse der Kohlenbergbau in den Allgemeinen Besitz übergeführt werden.

Der Internationale Kohlenrat, wie ihn die Deutschen vorzuziehen, würde nur dann einen Zweck haben, wenn die Nationalisierung durchgeführt werde. Der Internationale Kohlenrat werde die Erzeugung zu regeln, die Preise festzusetzen und die Verteilung vorzunehmen haben. Wenn Deutschland den sechs Stunden tag für notwendig halte, so sei es für Belgien und Frankreich ebenso notwendig. (Beifall.) Der gegenwärtige Kongreß müsse die internationalen Grundsätze beschließen, während die Einzelheiten den Organisationen der verschiedenen Länder überlassen bleiben müßten.

Im Buch (Deutschland), vom christlichen Bergarbeiterverband, der, wie gestern hier, von der englischen Delegation lebhaft begrüßt wurde, erklärte, daß der Vorschlag der Engländer auf Nationalisierung der Bergwerke bei den deutschen Delegierten großen Beifall gefunden habe. Deutschland wünsche dringend, daß die Frage einer Lösung entgegengeführt werde. Notwendig die Herbeiführung einer möglichst hohen Erzeugung mit möglichst geringen Kräften. Die Privatinteressen der Einzelnen dürften im Bergbau nicht ausschlaggebend sein.

Bartheil hatte eine Entschärfung zu den in den Statuten enthaltenen Erklärungen gegen die deutschen Bergarbeiter, weil diese in einem 1914 veröffentlichten Artikel die Annerkennung der Bergwerke der deutschen Regierung gebilligt hätten, eingebracht. Nach der Erklärung Hues, daß es sich um eine Wokifikation handele, da der deutsche Bergarbeiterverband niemals an annerkennungsbereitungen teilgenommen habe, wurde diese Entschärfung zurückgezogen.

Zwei Großmächte

Das Exekutivkomitee der internationalen Transportarbeiter-Organisation hat an den Internationalen Bergarbeiterkongreß in Genf folgenden Gruß gerichtet:

Das Exekutivkomitee der Internationalen Transportarbeiter-Föderation entbietet dem Internationalen Bergarbeiterkongreß in Genf seine herzlichsten Bruderlichen Grüße. Die internationale Solidarität ist für die Arbeiterklasse heute dringender notwendig denn je. Die Bergarbeiter sind die Pioniere im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, wodurch dem Umfassen der Arbeitslosigkeit am wirksamsten gesteuert wird. Wir hoffen daher zuversichtlich, daß kein Beschluß oder Einschüchterungsversuch von Diplomaten oder kapitalistischen Regierungen den Entschluß der Bergarbeiter zurückzuziehen wird, die Verkürzung der Arbeitszeit, günstigere hygienische Bedingungen und Besserung der wirtschaftlichen Lage in den einzelnen ange-schlossenen Ländern durchzuführen. So lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

Das Schreiben ist unterzeichnet von Robert Williams, Vorsitzender und Edy Jimmen, Sekretär.

Der Mieterschutz Mark 4.00

Buchhandlung

Einkommensteuergesetz Mark 4.00

FREIHEIT

Betriebsräte-Gesetz Mark 4.00

2, Breitestr. 8-9

Betriebs-Obmann Mark 2.50

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 1/2 Uhr: Der Kuhreigen... Kammer-Tanzspiele... Berliner Brater... Sommerth. „Groß-Berlin“... Novembersturm... Elite-Sänger... Cirkus Busch... VARIETE-GARTEN... „Freie Welt“... Das Massengrab... Möbel auf Bar oder Kredit... Möbel-Groß... Bartiewaren... Metalle... Platin... Ostar Arnspe... Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg. e. G. m. b. H.

Chemaliges Voigt-Theater... Kammer-Tanzspiele... Orientalisches Ballett und Schönheitsstänze

Apollo-Theater... Casino-Theater... Berliner Brater... Sommerth. „Groß-Berlin“... Novembersturm

Casino-Theater... Berliner Brater... Sommerth. „Groß-Berlin“... Novembersturm

Berliner Brater... Sommerth. „Groß-Berlin“... Novembersturm

Bathalla-Theater... Sommerth. „Groß-Berlin“... Novembersturm

Sommerth. „Groß-Berlin“... Novembersturm

Theater am Kottbuser Tor... Elite-Sänger... Cirkus Busch... VARIETE-GARTEN... „Freie Welt“... Das Massengrab... Möbel auf Bar oder Kredit... Möbel-Groß... Bartiewaren... Metalle... Platin... Ostar Arnspe... Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg. e. G. m. b. H.

MANOLI Zigarette advertisement featuring a large 'M' logo and text: 'Die Freude des Qualitätsrauchers ist die MANOLI Zigarette'. Includes a list of cigarette brands: Rapiert 25A, Mosaik 30A, Diva 40A, Heliotrop 50A, Montebello 50A, Klasse 60A, Parfeschloß 70A, Suggestion 70A, Raffell 80A.

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Todes-Anzeige... Karl Werder... Franz Stein

Hans Fröhlich... Die Einbürgerung findet am Donnerstag, den 3. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin-Preztorum.

Hans Fröhlich... Die Einbürgerung findet am Donnerstag, den 3. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin-Preztorum.

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Minienstr. 33-35

Branchen-Versammlung... am Freitag, den 6. August 1920, nachmittags 4 Uhr.

Die Vertrauensmännerkonferenz findet Donnerstag, den 5. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Schulz, Steintorstr. 52, statt.

Buchdruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen... am Donnerstag, den 5. August, nachmittags 3 Uhr, in dem Central-Gebäude, Alte Jakobstraße 22.

Figyelem! Magyar munkások! A berlini magyar szervezett munkások folyó hó, augusztus 5. — en csütörtökön este 7 órákor a Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer, középjárak III. sz. teremben felolvásó estét tartanak.

Keine Wanze mehr... Spezial-Behandlung... Brunnenstr. 185 (Rosenthaler Platz).

Spezial-Arzt... für alle Geschlechtskrankheiten... Brunnenstr. 185 (Rosenthaler Platz).

Spezial-Arzt... für alle Geschlechtskrankheiten... Brunnenstr. 185 (Rosenthaler Platz).

NUR SO LANGE VORRAT REICHT geben wir folgende Bücher zu billigen Preisen ab: Entwicklungsgeschichte der Liebe... Mein Handwerkszeug... Verfüge mit lebenden Pflanzen... Blumenpflege im Zimmer... Weihe Nächte... Väter und Söhne... Don Quixote... Die letzten Tage von Pompeji... Die Wickelkinder...

Schauenster-Decorateure... sofort gesucht... Kaufhaus des Westens... Berlin W. 50... Tauentzienstr. 21-24

Briefmarken, Münzen... kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 10622

Uhren... Abessinier-Pumpen... Kupfer 9,25 M.

Kupfer 9,00... Messing 4,50... Zinn bis 30... Weißmetall b. 20... Kupfer 9,50... Kupfer 9,50... Kupfer 9,50... Kupfer 9,50

„Freie Welt“... Heft 29... Das Massengrab... Reiseindrücke in Sowjetrußland... Preis 60 Pfennig

Die besten und billigsten Weine... 140 Verteilungsstellen... Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg. e. G. m. b. H.

Deutscher Reichstag

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Abg. Dr. Breitheid: Es ist für die Rechte peinlich, daß sie ihren Antisemitismus an demselben Tage zur Schau tragen...

Andere Stellungnahme ist nicht bedingt durch irgendwelche Vorliebe für die Juden, sondern nur durch den Wunsch, Rassenurteile nicht zum Vorwand für eine reaktionäre Politik gemacht zu sehen...

Nach unwesentlicher Aussprache über kleinere Punkte im Haushalt des Reichsministeriums des Innern wird die Aussprache über diesen Haushalt geschlossen.

Eine Anfrage des Abg. Freiherrn v. Lersner über steuerliche Erleichterungen für die heimkehrenden Kriegesgefangenen aus Rußland wird dahin beantwortet, daß Erwägungen des Reichsfinanzministeriums darüber schweben.

Dann vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 1 Uhr: Interpellationen über Arbeitslosigkeit, Rothhaushalt. Die dritte Lesung des Entwurfsgesetzes wird auf Einspruch der Unabhängigen von der Tagesordnung abgesetzt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Die Vadekur im Dunkeln. Seit heute vormittag ist ganz Vorpommern mit den zahlreichen Ostseebädern ohne elektrisches Licht und ohne Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Heberlandzentrale Straßund wegen verweigerter Lohnforderungen in den Streik getreten sind...

Ausgestaltung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung

Neuerdings sind zwei wichtige Veränderungen auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorgenommen worden: eine Erhöhung der Renten, die am 1. Juli 1920 in Kraft trat, und eine Hinaussetzung der Versicherungsbeiträge...

Mit der Erhöhung der Zulagen ist eine Beschränkung des Kreises der empfangsberechtigten Personen verknüpft worden. Die Zulagen erhalten nämlich nicht Rentempfangler, die auch auf Grund der Militärversorgungsgesetze eine Rente für Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen...

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

Aber eine andere Frage tauchte jetzt vor mir auf: was werde ich denn Bowa sagen? Das Kind braucht eine Mutter, wie jede Blume Sonne braucht, was soll ich ihm denn antworten? Muß wirklich im fünften Lebensjahre seiner unschuldigen Seele mit scharfem Messer die erste schmerzhafteste Schramme eingeritzt werden, muß ihm das finstere Antlitz des Lebens gezeigt werden? Muß er die ersten Leiden erleben?

„Du hast keine Mutter“, muß man ihm sagen. Der wahrheitsliebende, gerade Kindesverstand wird das nicht verstehen. Wie ist denn das, gestern hatte ich noch eine Mutter und heute nicht mehr? Mit krankhafter Qual empfand ich immer die ersten Enttäuschungen des Kindes. Gewöhnlich glauben die Menschen, daß die Kinder schnell das Leid vergessen, daß es in ihren Seelen schnell verwischt wird, und jeder vergißt dabei seine eigene Kindheit, vergißt, daß diese ersten Leiden für ihn die Frucht der Erkenntnis des Lebens und des Leidens, des Guten und des Bösen waren, und daß sie sich fürs ganze Leben in den empfänglichen Seelen einprägten.

Es ist schwer, dem Kinde seine Mutter zu ersetzen. Die mütterliche Zärtlichkeit ist eine ganz besondere, andersartige. Wir Männer, wir Väter verstehen nicht so zu lieblosen, es ist etwas Spezifisches, rein Weibliches; die Mutter berauscht, wiegt, singt das Kind in den Schlaf, und das Kind fühlt sich von einer zarten, weichen Atmosphäre umhüllt, die allein die Mutter, keine andere Frau herzustellen imstande ist, als hätte die Tatsache, daß sie das Kind vom eigenen Leibe löst, eine geheime, vereinigende Verbindung zwischen ihnen hergestellt.

In den letzten Tagen begann auch die Wärterin immer öfter zu kränkeln. Es erwies sich, daß sie ihr mikroskopisches Stückchen Brot und das arme Wasserchen, das wir Suppe nennen, systematisch aufbewahrt und im geheimen Bowa gab. Dies erfuhr ich später durch den Guten Menschen.

„Das Kind muß essen, es wählt, sich mal, wie er abgemagert ist! Ich aber bin alt, es ist Zeit, daß ich ins Grab gehe“, wiederholte mir später der Gute Mensch ihre Worte.

„Gemeinlos“ der Invalidenversicherung, das heißt, sie werden von allen Versicherungsanstalten aus dem gemeinsamen Vermögen getrennt. Das nähere regelt das Reichsversicherungsamt.

Die Beitragserhöhung macht sich notwendig, weil die Versicherungsträger infolge der durch die Kriegswirkungen eingetretenen großen Rentenerhöhung ungeheure Lasten zu tragen haben. Im Jahre 1919 mußten die meisten Versicherungsanstalten aus ihren Vermögensbeständen erhebliche Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben machen. Würde hier nicht eingegriffen, so würden viele Versicherungsanstalten dem Bankrott entgegengehen...

Diese sollen vom 1. August an betragen: In der 1. Lohnklasse 90 Pfg. (bisher 18 Pfg.), in der 2. Klasse 100 Pfg. (bisher 26 Pfg.), in der 3. Lohnklasse 110 Pfg. (bisher 34 Pfg.), in der 4. Klasse 120 Pfennig (bisher 42 Pf.) und in der 5. Klasse 140 Pfg. (bisher 50 Pfg.). Die Erhöhung in den unteren Klassen ist größer als in den oberen. Das ist allerdings etwas unsozial, doch wird zur Entschuldigung vorgebracht, daß die neu eingeführten Teuerungszulagen in allen Klassen gleich hoch sind...

Durch die Beitragserhöhung wird die Beitragseinnahme, die im Jahre 1919 rund 280 Millionen Mark betrug, auf etwa den dreifachen Betrag, also auf etwa 850 Millionen Mark gehoben. Auf Grund versicherungsmathematischer Berechnungen reißt die Beitragseinnahme gerade hin, um die augenblicklichen Ausgaben zu decken. Eine weitere Aufbesserung der Renten müßte auch eine weitere Steigerung der Beiträge zur Folge haben.

Für die Zeit nach dem 1. August 1920 dürfen Marken in den bisherigen Werten nicht mehr verwendet werden. Ungültig gewordene Marken können binnen zwei Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Marktenverkaufsstellen (Postämtern) gegen gültige Marken im gleichen Verkaufswert umgetauscht werden.

Diese Maßnahmen können nur als vorläufige Regelung der Frage angesehen werden, um den gegenwärtigen Nöten der Versicherungsanstalten zu begegnen. Eine durchgreifende Reform des Gesetzes bleibt dringend notwendig. Auch die Grundlagen für die Berechnung von Beitrags- und Unterhaltungsgebühren müssen dabei einer neuen sorgfältigen Prüfung unterzogen werden.

Gewerkschaftliches

An die Arbeiterschaft der Spandauer Reichswerke!

Am Mittwoch, den 4. August, 4 Uhr nachmittags, in den Germania-Jalen, Am Circusplatz, Kochs Biermark-Jale, Feldstraße 52, und Concordia-Jale, Klosterstraße 13/15,

Große Versammlungen

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zu der beabsichtigten Schließung der Reichswerke in Spandau.
2. Freie Aussprache.

Erscheinen aller Arbeiterinnen und Arbeiter ist unbedingte Pflicht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter (Ma).

Stillelegung von Buchdruckereien

Immer mehr Druckereien, darunter sehr bekannte, werden in Berlin stillgelegt. Das Verbandsorgan der Buchdrucker gab in seiner letzten Nummer ein Uebersicht über Berliner Druckereien, die still-

gelegt worden sind, trotz vorliegender Aufträge, nur weil es in geschäftlicher Beziehung vom Standpunkt des Profits aus vorteilhafter ist, die Maschinen abzubauen und zu verschahren, als mit ihnen produktive Arbeit zu leisten. Was mit den Arbeitslosen geschieht, danach fragen die Unternehmer nicht, trotz der mehr als hunderttausend Arbeitslosen, die die Buchdrucker mit ihren Herren Chefs eingekauft sind. So sehen die Brüden zwischen Kapital und Arbeit aus! Der „Korrespondent“ lamentiert jetzt wohl über die Opfer dieser Unternehmerstieber, er wird aber zur gegebenen Zeit wieder den Arbeitsgemeinschaften ein großes Lied singen.

Zum Schutze der Arbeiter hat der Buchdruckerverband dem Reichswirtschaftsrat folgenden Antrag unterbreitet:

Die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes fordert: 1. bei Stilllegung der Betriebe; 2. bei Auflösung oder Verkauf; 3. bei Vereinnung (Fusion) unserer Betriebe ein Mitbestimmungsrecht durch Schaffung besonderer Instanzen, die die Notwendigkeit und Berechtigung der beabsichtigten Maßnahmen zu prüfen haben...

Instanzenspolitik! Es soll also eine neue „Instanz“ geschaffen werden, um das Tausenden von Buchdruckern drohende Unheil abzuwenden. Wir erinnern an die Haltung des „Korrespondent“ bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes. Wie es scheint, denkt das Organ der Buchdrucker an die Betriebsräte überhaupt nicht mehr. Es muß dafür getämpft werden, und zwar mit Zähnen und Klauen, daß die Betriebsräte volles Mitbestimmungs- und Kontrollrecht erhalten. Nur Betriebsräte mit weitgehendsten Befugnissen können die Unternehmerrabotage brechen, niemals kann aber das Heil vom Reichswirtschaftsrat erwartet werden. Von den Arbeitsgemeinschaften können die Buchdrucker nichts, aber auch gar nichts erwarten, nur auf ihre eigene Kraft können sie sich verlassen.

Eine am 2. August tagende Versammlung der oppositionellen Buchdrucker befahte sich nach einem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat des Koll. Nagel mit der Sabotage der Unternehmer. Einstimmig fand folgende Resolution Annahme:

Entschlieung.

Die am 2. 8. in der Buchdruckerei tagende Versammlung der oppositionellen Buchdrucker erklärt:

Die Stilllegung und Ausschlichtung der Betriebe geschieht erstens im Hinblick auf die kommenden Tarifberatungen, zweitens zum Zwecke der ungünstigen Beeinflussung kommender politischer Kämpfe. Eine Besserung dieser Lage kann die Versammlung jedoch nicht in der Schaffung weiterer parlamentarischer Kommissionen erblicken, sondern in der Solidaritätsbekundung der übrigen Kollegen.

Aus diesem Grunde stellt die Versammlung folgende Forderungen:

- 1. Verbot sämtlicher Ueberstunden.
2. Anrechnung der Sonntagsarbeit auf die Arbeitszeit in der Form, daß für jede Sonntagsstunde 2 Wochenstunden in Anrechnung kommen.
3. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden unter Bezahlung ständiger Arbeitszeit.
4. Weiterführung stillgelegter Betriebe durch die organisierte Arbeiterschaft.

Die Verammelten verpflichten sich, im Rahmen des Verbandes für diese Forderungen einzutreten und fordern vom Gewerkschaftsrat des B. B. S. und S. die Einberufung einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung zwecks öffentlicher Stellungnahme zur Stilllegung und Ausschlichtung der Betriebe.

Die Angestellten der Reichstreuhandgesellschaft gegen den Steuerabzug

Die am 30. Juli 1920 im großen Saal des Lehrervereinshauses, Berlin, verammelten Angestellten der R. T. G. protestieren gegen die Höhe der Einkommenbesteuerung und insbesondere auch gegen die zeitliche Form der Steuerentziehung. Die Angestellten sind sich wohl bewusst, daß die gerechteste Besteuerung diejenige ist, welche Einkommen und Vermögen an der Quelle erfaßt, legt aber Verwahrung dagegen ein, daß eine Besteuerung in der augenblicklichen Form in erster Linie gerade die wirtschaftlich schwachen Kopf- und Handarbeiter trifft, während es Schleibern und sonstigen Kriegs- und Revolutionsgewinnlern immer noch ermöglicht ist, sich der gerechten Erfassung zu entziehen. Sie richtet daher an die Fraktionen der beteiligenden Körperschaften das dringende Ersuchen, energisch dafür einzutreten, daß diese Art und Form der Besteuerung der schaffenden Hand solange ausgelegt, bzw. ihres in der Praxis jedenfalls einseitig wirkenden Charakters entkleidet wird, bis Mittel und Wege gefunden sind, auch das sonstige Einkommen, Besitz und Vermögen mindestens in gleicher Weise restlos zur Tragung der durch den Krieg entstandenen Lasten heranzuziehen. Die

Fortwährend leuchtete sie und hustete, und doch tat sie alles im Hause selbst. Nach dem Fortgang meiner Frau leuchtete sie besonders oft tief, und ich hörte, wie sie nicht selten während der Arbeit laut mit sich selber redete. In ihren Greisenaugen sah ich Mißbilligung, sie konnte offenbar unser Leben nicht verstehen; ich weiß nicht, ob sie mich oder meine Frau für schuldig hielt, aber es muß ihr, der Alten, merkwürdig vorgekommen sein, daß eine Frau ihren Mann, ihr Kind verlassen könne.

Und einfach, ohne Lärm, ganz lautlos ist sie gestorben. Eines Tages kam Nussia ganz früh morgens, nur im Nachthemde und barfuß, bleich, mit losen Haaren, offenbar soeben aus dem Bette gesprungen, zu mir gelaufen.

„Papa, Papachen! steh auf!“ rief sie mit erschütterter Stimme, mich stark an der Schulter packend. Während ich aus dem Schlaf zu vollem Bewußtsein erwachte und meine Pantoffel anzog, wiederholte sie fortwährend ungeduldig, und wie mir schien mit weinerlicher Stimme:

„Ach, Papachen, wie du langsam bist, so komme doch um Gotteswillen!“

Als ich ihre lebende Hand ergriff, erzählte sie mir zitternd, sich überhastet:

„Nur vor dem Höre ich, Papachen, daß Bowa schluchzt und bald laut zu heulen beginnt. Ich dachte mir, daß die Wärterin fortgegangen und Bowa allein im Zimmer ist. Ich wollte ihn zu mir ins Bett nehmen, damit er sich erwärmt und ein wenig bei mir liegt, du weißt ja, wie er das gern hat! Ich trete ins Kinderzimmer und sehe dich wohl, Njanja liegt ganz zusammengekauert auf ihrem Bette. Ich rufe:

„Njanuschka!“ sie schweigt aber immer noch. Dann trat ich näher, betührte sie, und Papachen... sie ist kalt.

In ihren Augen leuchtete ich Schreden, ängstlich hielt sie sich um, drückte sich fest an meine Brust und begann laut zu weinen, immerfort wiederholend:

„Papachen, ich fürchte mich, ... Papachen, mir ist so Angst!“

Ja, es ist schwer, sich von einem Menschen zu trennen, mit dem man mehr als fünfzig Jahre zusammen gelebt hat. Es ist merkwürdig, daß ich erst jetzt, nach Njanjas Tode, das enge Band empfinde, das sie mit unserer Familie verband. Ich schäme die weiche, gutmütig-innige, rein mütterliche Liebföhlung, die sie uns schenkte, als sie uns auf ihren Armen trug und auferzog, und die während der Selbstverleugung, mit der sie bis in ihr hohes Alter arbeitete. Wer waren wir ihr

denn? Ganz fremde Menschen. Die letzten Jahre gaben wir ihr nicht einmal Geld. Je mehr ich jetzt darüber nachdenke, desto größerer Entzücken erfährt mich; ich verspüre ehefürchtvolles Gefühl der Nührung vor dieser alten, ungeliebten Frau, vor ihrer großen Seele, die fürs ganze Leben auf ein eigenes Leben zu verzichten und nur an andere zu denken fähig war. Und doch hatte sie das Evangelium niemals gelesen, sie kannte das größte Gebot nicht: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Der Gute Mensch sagt mir:

„Ach, ihr Herrschaften, bei euch geht alles durch den Kopf, immer durch den Kopf. Wenn sie nur ein wenig anders auf die Menschen sehen würden, so wäre es gleich klar, daß der Herrgott die Liebe ins Herz eines jeden Menschen legt; kann man die Liebe denn aus dem Evangelium herauslesen? Von Geburt an muß du diese Liebe in dir tragen, guter Mensch. Auch liebt du nicht, weil es dir beigebracht worden ist, weil du müßt, sondern weil du ohne Liebe nicht leben kannst, ebenso wie der Fisch nicht ohne Wasser leben kann. Die Liebe ist für das Leben des Menschen daselbe, wie das Wasser für den Fisch, — ja so ist es, guter Mensch!“

Ich kaume von neuem über die unendliche Einfachheit der Logik dieses Menschen. Dort, wo ich nach langer Klügelerei, unbedeutlich und unsicher, die Wahrheit zu betasten glaube, da tritt er gerade und furchlos, wie durch Erleuchtung, an die Wahrheit heran. Das aber ist das Weisheitliche, daß ich die Wahrheit fürchte, da sie jedesmal mein vergangenes, niederträchtiges Leben schmerzhaft beleuchtet, und mit tiefem Gram fühle ich, daß es nicht richtig verhebt ist, daß ich zurückkehren muß, und das Herz trampelt, sich qualvoll zusammen, da man nicht umkehren kann. Für mich sind die verpörrten Worte des Gewissens — die Wahrheit. Er aber, der Gute Mensch, geht freudvoll vor der Wahrheit, er scheint sie nicht ringsum zu suchen, sondern er empfindet sie aus seinem eigenen, vergangenen, erlebten Leben. Er trägt diese Wahrheit in sich.

Ungeahnt und traurig ist es in unserer Wohnung. Die großen Zimmer sind leer und kalt, die Möbel stehen in Unordnung. Überall liegt der Staub in dicken Schichten, und es scheint, als seien die Räume seit langem nicht mehr bewohnt. Und geht man durch die Zimmer, so zwingt einen das Gefühl der Verlassenheit und der Leere, schnell hindurch zu eilen.

(Fortsetzung folgt.)

verammelten Angestellten werden in diesen Kämpfen um eine wirklich gerechte Besteuerung jede Instanz, welche sich zur Erreichung dieses Zieles tatkräftig einsetzt, mit allen Mitteln unterstützt.

Vertrauensleute der Metallarbeiter

Die für Mittwoch angeordnete Bezirksvertrauensmänner-Konferenz fällt wegen der an diesem Tage von der politischen Partei veranstalteten Demonstration aus. Der Termin der neuen Konferenz wird durch die Presse bekanntgegeben. Ortsverwaltung.

Der Streik der Fensterputzer dauert unverändert fort. In der am 2. August d. Js. stattgefundenen Vertrauensmänner-Versammlung, in welcher Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen genommen wurde, kam allgemein zum Ausdruck, den Streik bis zum äußersten weiterzuführen. Die Hoffnungen der Arbeitgeber, die Fensterputzer seien kampfmüde, sind dadurch illusorisch gemacht worden. Die Geschlossenheit und der Mut der Streikenden ist bewundernswert. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen. Die Forderungen haben bis jetzt 151 Arbeitgeber anerkannt. Ein Beweis, daß dieselben gerecht sind. Auch wurde in der Vertrauensmänner-Versammlung der Streikleitung einstimmig volles Vertrauen entgegengebracht und die bisherige Taktik gut gehalten; weitere Maßnahmen bleiben der Streikleitung überlassen. Die Fensterputzer appellieren weiter an die Solidarität der Arbeiterschaft. Jeder, der bei der Arbeit angetroffen wird, muß in dem Besitz eines Ausweises der Zentral-Streikleitung sein. Ferner weisen wir die Arbeiterschaft auf die Fensterputzer-Gesellschaft, die schon seit Jahren besteht, ganz besonders hin. Die Streikenden leben der Weiterentwicklung des Kampfes, der von den Arbeitgebern aufgedrungen wurde, mit ruhigem Gewissen entgegen. Kochmals: Arbeiter! Uebt Solidarität!

Spandauer Heeresbetriebe. In der Bekanntmachung am Sonntag muß es u. a. heißen, daß das Geistesliche Lokal Schulstraße 74 ist und nicht 47.

Groß-Berlin

Groß-Berlin und die Lebensmittelversorgung

Von Paul Seife.

Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft offenbart sich besonders deutlich in der Lebensmittelversorgung. Der bewährte freie Handel mußte bereits zu Beginn des Krieges zwangsweise beschränkt werden, weil der schnellwachsende Schiebergeist das gesunde Vaterland ausverkauft hätte, bevor die Mobilisation überhaupt reiflos durchgeführt war. Das war die Geburtsstunde der Zwangswirtschaft, die man heute gar zu gern in ein Stück Sozialismus umglenken möchte. Nie hat dem Sozialismus eine solche Form der Güterverteilung vorgeschwebt. In all seinen jahreslangen Reden hat unser verstorbene Genosse Baur auf die Folgen solcher einseitigen Zwangsregelung hingewiesen und als Ausgleich zumindest für die wichtigsten Nahrungsmittel den Produktionszwang gefordert. Da indes die Kriegsheer und Heimkrieger am Kurzfürstentum und im Tiergartenviertel keine sonderliche Reizung für Kohlkräben und Dörrgemüse aus der Massenfische hatten, diente der Versorgungszwang nur als elendes Nahrungsmittel für die proletarische Kanaille, um das berühmte Durchhalten zu ermöglichen. Die Folgen haben sich fürchterlich gezeigt. Hunderttausende sind elend ins Grab gekunten. Millionen Kinder sind dem Untergang geweiht, weil eine auch in ihren besten Vertretern sich dem Militarismus prostituierte Wissenschaft dem Beweise nicht mehr fern war, daß für den Proletariat eigentlich der Schweinstrog die idealste Ernährungsmöglichkeit eigne.

Alle Anzutraglichkeiten, die eine natürliche Begleiterscheinung solcher unzulänglichen Bewirtschaftung sein mußten, hatten die Gemeinden zu tragen. Auf sie ergoß sich aller Graß, alle Erbitterung der hungernden Massen, wenn wieder einmal das Durchhalten den Hungerriemen anzog. Die Revolution hat hierin keine Besserung gebracht. Der Forderung der wenig idealen Zwangswirtschaft folgten keine Maßnahmen im sozialistischen Sinne. Nie blühten Schleichhandel und Schiebertum so gut wie unter der Scheinsozialistischen Regierung. Völlige Anarchie in der Preisgestaltung auch der zwangsbewirtschafteten Artikel folgte. Man vergegenwärtige sich nur das Springen des Brotpreises innerhalb weniger Wochen von 1,35 Mk. auf 2,75 Mk. und gegenwärtig auf 4,50 Mk. Wobei nicht vergessen werden darf, daß gleichzeitig das Gewicht von 2350 Gramm auf 1900 Gramm vermindert wurde. Geradezu verrückter Sprang auch der Marmeladenpreis von 1,30 Mk. auf 3,20 Mk., um bei 6,40 Mk. pro Pfund zu enden. Just in diesem Augenblick hebt der sozialistische Ernährungsminister die Zwangsbewirtschaftung für Marmelade auf! Lebensmittelverband und die meisten Gemeinden sitzen mit den zwangsweise überlebenden Mengen auf und — indem der Handel aus nur zu durchsichtigen Gründen zunächst billiger verkauft, (was er ja sehr gut konnte; hatte er doch auch unter der sozialistischen Regierung seine Finger stets im Fettmaß) — ist der urteilsfähigen Masse der Beweis erbracht für die Unfähigkeit kommunaler Versorgung. Nebenbei nur sei erwähnt, daß zu diesen Gedankenlosen eine recht stattliche Reihe proletarischer Hausfrauen auch Angehörige unserer Partei zählen. Die unglaublichen Dinge lassen sie sich von den gleichen Händen aufschwätzen, von denen sie wie Unrat während des Krieges behandelt worden sind. Leider scheint Gedanklosigkeit und Leichtes Vergessen ein proletarisches Urübel zu sein, wie ja gerade die letzte Wahl es beweist.

Nachdem nun bis auf einen schabigen Rest die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, tritt an die Gemeinden, insbesondere wo sozialistische Mehrheiten vorhanden sind, die Frage, wie die Lebensmittelversorgung durch die Gemeinde trotz des freien Handels zu gestalten ist. Es wäre ein Verbrechen an der sozialistischen Idee, am gesamten Proletariat, wenn die Gemeinden es in diesem Punkte gehen lassen wollten, wie es geht. Das gilt insbesondere für die Großgemeinde Groß-Berlin. Alles Lamentieren, alles Protestieren, alles Rufen nach dem Strafrichter gegen die Lebensmittelwucherer macht den Konsumenten die Ware auch nicht einen Pfennig billiger. Rückwärtslose Selbsthilfe ist das einzige erfolgreiche Mittel. Diesen Weg sind einige Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten gegangen. So hat die Gemeinde Reinickendorf 11 gutausgebaute Lebensmittelgeschäfte und 3 eigene Kohlenplätze. In anderen Gemeinden ist ähnliches geschaffen. Das böse Gebelcher der Schieber beweist die Wirksamkeit dieser Maßnahmen. Das von den beiden sozialistischen Fraktionen für Groß-Berlin beschlossene Beschaffungsgesamt hat also die unbedingte Aufgabe, das bereits bestehende organisatorisch zusammenzufassen und auszubauen. Es hat nicht mehr nötig Experimente zu machen, sondern nur die gemachten Erfahrungen zweckmäßig auszuwerten. Die Großgemeinde kann hier Vorbildliches für die ganze Welt schaffen. Soweit die Lebensmittelversorgung infrage kommt, kann und darf das Beschaffungsgesamt aber auch nicht an der bestehenden Groß-Berliner Konsum-

genossenschaft vorübergehen. Dieser von Arbeitern geschaffene wertvolle Apparat mit seinen großen Erfahrungen muß in die kommunale Lebensmittelversorgung in irgend einer Form einbezogen werden. Genosse Man vom Reinickendorfer Wirtschaftsrat hat diese Frage bereits in der „Sozialistischen Gemeinde“ behandelt. Das Beschaffungsgesamt darf sich durch das Geschrei der Interessenten in keiner Weise betren lassen. Der Kleinhandler, längst zu einem überflüssigen Organ geworden, fristet entweder eine Hungerexistenz, dann soll die soziale Fürsorge eingreifen; oder der Kleinhandel ist ihm auf Kosten der Ausbeutung seiner Familie eine angenehme Zubuße zum Haupterwerb, dann nimmt er Erwerbslosen das Brot weg und seine Ausschaltung ist eine soziale Pflicht. Gerade das Kleinhandlertum hat am wenigsten Ursache zum Klagen, wenn jetzt die Gemeinden in größerem Umfang zur Selbsthilfe schreiten. Sie, von denen ein großer Teil gerade durch die Zwangswirtschaft reich geworden sind, haben durch ihre Vorpostendienste den kapitalistischen Schreibern die Bahn frei gemacht zu neuen Raubzügen auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Einige Kleingewerbetreibende kriegen es jetzt schon mit der Angst zu tun, so die Fleischer, die eine Kundenliste beibehalten wollen. Dagegen muß jetzt schon härtester Protest eingelegt werden. Nachdem die Zwangswirtschaft aufgehört hat, ein beherrschender Schah des laufenden Publikums zu sein, darf sie nicht etwa in ihren Resten dem Händler ein Ausbeutungsfreibrief werden. Zum freien Handel gehört auch uneingeschränkte Freizügigkeit des Kaufenden. Die Groß-Berliner Gemeinde aber wird Alles tun müssen, um durch eine großzügige sozialistische Konsumentenpolitik die Folgen einer anachronischen Ernährungswirtschaft wesentlich herabzumindern. Die besten Kräfte und Köpfe müssen hier eingesetzt werden. Ein Mißerfolg ist ausgeschlossen, wenn herzhafte Zugriffe werden. Was für die Lebensmittelversorgung im allgemeinen, gilt für die Eigenproduktion im besonderen. Auch hier hat das Beschaffungsgesamt die Aufgabe, die bereits vorhandenen wertvollen Einrichtungen organisatorisch zusammenzufassen und großzügig auszubauen.

Aus dem Rathause

Die gestrige außerordentliche Stadtverordnetenversammlung hatte ein reiches Pensum zu erledigen. Zunächst wurde über eine Vorlage, betreffend die Herstellung von Schlackenbetonsteinen, beschlossen. Dann folgte eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Für die städtische Hinterbliebenenfürsorge wurde eine weitere Summe bereitgestellt, dagegen wurden die verlangten Geldmittel für die Vorarbeiten zur Feststellung des Grundwasser-vorkommens im Osten von Berlin nicht bewilligt.

Eine lebhaft Debattierte entspann sich über die bei der Herrschaft Lanke gemachten Ueberforderungen in der Höhe von 10 Millionen Mark. Genossin Wenzl führte aus, daß Lanke nicht ein kommunalifizierter, sondern ein bürokratisierter Betrieb sei. Im übrigen seien die Mehrausgaben erklärlich, wenn man sich vergegenwärtige, daß die Deputate der städtischen Arbeiter auf den Gütern nur 4500 M., die der Administratoren jedoch 9000 M. betrügen. Außerdem machen die Gutsinspektoren große Mehrausgaben, indem sie z. B. die städtischen Fuhrwerke nicht nur bis zu den betreffenden Bahnhöfen, sondern auch zu Fahrten in das Stadttinnere gebrauchten. Es wird darauf einstimmig die Einziehung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern zur Prüfung der Angelegenheit beschlossen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung stand der Ankauf der Basenerischen Bibliothek zur Debatte. Diese Bibliothek, die über 3800 Bände enthält, ist mit einem außerordentlichen Reich zusammengefloßt und enthält sämtliche Erscheinungen der sozialistischen Literatur seit 1870, besonders auch Flugblätter usw. Von Seiten der Rechtsparteien wurde geltend gemacht, daß die Bibliothek „parteiistisch“ orientiert sei, ein lächerlicher Einwurf, dem sogar der Demokrat Dove entgegentrat. Nach Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Reide, des Genossen Wengels und des Rechtssozialisten Ritter, die sämtlich den Ankauf unterstützten, wird derselbe mit überwiegender Majorität beschlossen, so daß die besonders für Sozialisten wertvolle Bibliothek der Berliner Bevölkerung gesichert ist.

Ferner stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem Schiedspruch der Großen Deputation vom 22. Juli 1920 über die Lohnsätze des neuen (5.) Arbeitslohntarifs und den Ergänzungsanträgen des Magistrats zu, während der Unterstützungstarif für die weiblichen Angestellten noch Gegenstand von Kommissionsberatungen sein wird.

Nach lebhaften Klagen des Zentrums-Stadtvordnen Lammerich über die zu geringe Anstellung von katholischen Lehrkräften stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Einziehung einer gemischten Kommission zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Zu der heute nachmittag 5 Uhr im Lustgarten stattfindenden Demonstration ersuchen wir die Distriktsleiter Ordner zu stellen. Die Ordner treffen sich nachmittags 4 Uhr am Zirkus Busch bei Genossen Hermann Müller. Die Zuge von den einzelnen Fabriken stellen ihre Ordner selbst. Um 6 Uhr ist die Demonstration beendet. Die Geschäftsleitung.

Die „Sozialistische Proletarierjugend“ Groß-Berlin fordert die gesamte arbeitende Jugend auf, sich an der Demonstration am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Lustgarten zu beteiligen. Insbesondere ist es die Aufgabe der Gruppen, sich recht viele an dieser Aktion zu beteiligen.

Die „Sozialistische Proletarierjugend“ Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 8. August, nachmittags 1/2 Uhr auf der Waldwiese in Kaulsdorf-Süd (Restaurant Sanssouci) ein Waldfest. Ihre Mitwirkung haben zugeagt: Singerverein Männerchor, Musikalische Abteilung des Wiener Touristenbundes und Jugendgruppe Osten. Arbeiter und Parteigenossen, zeigt Euer Interesse für die Jugend. Unterstützt den Kampfsfonds der proletarischen revolutionären Jugend.

Der Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Bez. Berlin, veranstaltet im August 2 Lichtbildervorträge: am Donnerstag, 5. August, in der Schulaula Tischter Str. 4/5 (Wanderungen durch die Mark) und Dienstag, 17. August, Schulaula Grünhaler Str. 5 (Bernau und Umgebung). Anfang 8 Uhr. Den Genossen sollen die Schönheiten der Mark im Bilde gezeigt werden. Eintrittspreis 50 Pfg. Karten zu beiden Vorträgen bei Masobühl, Brühlstr. 14, sowie zum 1. Vortrag bei Krüger, Hohenlohestr. 17, 2. Vortrag bei Knappe, Grünhaler Str. 6 (Laden).

Das Arbeiter-Sportkartell Pichtenberg und Umgegend veranstaltet am Sonntag, den 8. August, 2 Uhr nachmittags, im Pichtenberger Stadion ein allgemeines Arbeiter-Sportfest mit einem reichhaltigen Programm. Vorverkaufsbillette zu 1,50 M. sind bei den Vereinen und bei den Genossen Wegner, Frankfurt Allee 236, Albrecht, Neue Bahnhofstr. 2 und Sievert, Kantstr. 15, zu haben. Kaffe 2 Mk.

Verloren. Auf dem Bezirksfest in der Rindbrauerei ist ein Gaumenting aus Eisenblei und ein Spazierstock verloren gegangen. Die Gegenstände sind im Parteibureau abzugeben.

Explosion auf dem Schießplatz in Königswusterhausen. Gestern vormittag gegen 10 Uhr kam es zu einer gefährlichen Explosion eines Munitionsschuppens auf dem Schießplatz Königswusterhausen. Die Explosion erfolgte bei der Verlegung der dort lagernden Patronen und Jänder. Wenige Sekunden nach der Explosion fanden der Schuppen und die angrenzenden Lager in hellen Flammen. Es gelang, den Brand zunächst auf seinen Herd zu beschränken, doch ist die Gefahr für die angrenzenden Gebäude, Schuppen und Lager noch keineswegs vollständig beseitigt, da auf dem Schießplatz Hunderttausende von Jändern lagern und ein Teil schon in kurzer Folge explodiert ist. Die Arbeiter und Angestellten konnten sich in Sicherheit bringen.

Der plötzliche Tod des Professors Gabriel Foucault auf der Magdeburger Straße 13 gab gestern mittag Veranlassung zu einem Mordgericht. Da auch ein Verbrechen zunächst nicht ausgeschlossen erschien, wurde die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei benachrichtigt, von der dann auch alsbald Staatsanwalt Pagemann als Vertreter des Chefs der Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Dr. Knudsen und Kriminal-Oberwachtmeister Quosch mit mehreren Beamten und dem Erkennungsdiener am Fundort erschienen. Die Feststellungen ergaben jedoch, daß der 57 Jahre alte aus Bierre in Frankreich gebürtige Professor Foucault eines natürlichen Todes gestorben ist.

Aus den Organisationen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die zum Mittwoch abends angeordnete Konferenz findet umhändelbarer erst am Donnerstag, abends 6 Uhr, statt, und zwar im Zimmer 20 im Reichstag.

- 4. Distrikt. Donnerstag, 7 Uhr, Vollziehung der politischen Kommission. Die Kreiskommission ist dazu eingeladen. Schulaula, Reichberger Str. 4-6.
- 6. Distrikt. Donnerstag, 7 Uhr, Schulaula, Friedenstr. 21. Mitglieder-Versammlung. Vortrag über proletarische Jugendbewegung.
- Kommunale Kommission. Bezirk Friedrichshagen 6, 7, 8. Distrikt und Stralau. Donnerstag, 8. August, Sitzung bei Krumbold, Warthauer Str. 61.
- 9. Distrikt. Donnerstag, den 8. 8., abends 7 Uhr, Versammlung (amtlicher Charakter) des 7. Schichtes in der Schulaula, Reichberger Str. 4.
- 8. Distrikt. Bildungs-Kommission. Am Donnerstag, den 8., abends 7 Uhr, pünktlich, Sitzung amtlicher Mitglieder, bei Schlichter, Danziger Str. 46.
- 5. Distrikt. 1. Abteilung. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Ripper Str. 4. Teilungsversammlung. Vortrag: Die neue Stadtgemeinde Groß-Berlin. Referent: Gen. Des. Vromanoff.
- 10. Distrikt. Genossen, Genossinnen und Arbeitsleute treffen sich eine Stunde vor Beginn der Demonstration, auf dem Kronaplatz. Jeder muß daran teilnehmen.
- 11. Distrikt. Distriktsversammlung am Donnerstag, 7 Uhr, in der Zwingstr. 2 (Schulaula). Tagesordnung: Betriebsrat und Gewerkschaft. Referent: Genoss. Wegmann.
- 13. Distrikt. Gewerkschafts- und Kreis-Kommission. Sitzung, abends 8 Uhr, bei Braun, Wilhelmshöherer Str. Korridor.
- 17. Distrikt. 1. Abteilung. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, kommunale Konferenz, bei Koch, Albrecht Str. 21.
- 18. Distrikt. Bildungs-Kommission. Mittwoch, 8 Uhr abends, Uckerstr., 6. Gelehrter, bei Kist.

Neuhaus. Die Genossen treffen sich heute zur Demonstration auf dem Hermannplatz um 4 Uhr.

Schöneberg-Friedensau. Mittwoch, abends 7 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission mit den Bezirksvorständen und Sozialisten, bei Claus, Aris-Route, Ede Warst. Nähe der Hauptstr. — Die Schöneberger Genossen und Betriebe treffen sich zur Demonstration, am Mittwoch, 3 1/2 Uhr, auf dem Keller-Wilhelm-Platz. Amalrich pünktlich. — Donnerstag, den 8. August, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Haus der Jugendhilfe, Kolonnenstr. 22. Vortrag: Partei, Gewerkschaften, Räte. Referent: Gen. Stoll. Kartentext: Gen. Stoll.

Charlottenburg. Räte- und Gewerkschaftskommission. Sitzung am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 1.

Charlottenburg. Kinderjugendkommission. Dringende Sitzung, Mittwoch, abends 8 Uhr, Rathaus, Zimmer 304.

Mitgliederversammlung. Schöneberg. Heute, nachm. 5 Uhr, Gen. Hilbig. Einziehung, Gerichtstraße. Treffpunkt der Genossen, 4 1/2 Uhr, vor dem Krematorium. Nege Beteiligung erwünscht.

Spandau. Mittwoch, den 4., abends 8 Uhr, in den bekannten 4 Bezirkslokalen, Ortsgruppenabend.

Marziesdorf. Sitzung der Elternbeiräte aller Schulen, heute, 8 Uhr, im Saal des Gymnasiums, Kaiserstraße.

Merzisdorf. Mittwoch, pünktlich abends 8 Uhr, Sitzung der gesamten U. S. D. Elternbeiräte und des Bildungsausschusses, im Saal des Gymnasiums, Kaiserstraße.

Ober-Schönewalde. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Fraktions-Sitzung der U. S. D. bei Jähres.

Teltow-Geestow. (1. weibl. Distrikt.) Räte- und Gewerkschaftskommission. Sitzung, Freitag, 6. August, 7 Uhr, Schöneberg, Stubenrauchstr. 9, bei Vornoy. Jeder darf sich beteiligen.

Bezirk Köpenick. Mittwoch, den 4. August, abends 1/2 Uhr, in den Köpenicker Bezirken, große öffentliche Vollversammlung. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent: Genossin Frieda Wolff.

Legel. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula, Inselstr., eine außerordentliche Generalversammlung statt. Es findet Vorkonferenz statt.

Bereinskalendar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Eisenbranche. Lagerarbeiter, Voder, Hausarbeiter, Kautler usw. aus allen Betrieben des Eisens, Eisenwaren, Gießereien, Draht, Stahl, Häfen, Vieh-, Gemüse-, Haus- und Ackergeräten, Olen- und Hebe-, Werkzeug- und Werkzeugmaschinenhandels sowie der Altmittelhandelsbetriebe: Freitag, 6. August, findet im großen Saal des Gemeindefesthauses, Engelstraße 14-15, die Generalversammlung (Vollversammlung) aller oben genannten Kollegen statt. — 7. August, Einlassfeier und Kollaborieren. Am Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, Teilungsversammlung der Mitglieder, bei Schlichter, Danziger Str. 46. (direkt am Spittelmarkt). Kollegen und Kolleginnen aus den Bezirken, sowie des Bildungsausschusses und Jugendgruppenleiter! Wähne der Vorkonferenz im Verkehrs-Bureau, Zimmer 25, abgehalten werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin. Vertrauensleute der Oberhande, Donnerstag, den 8. August, abends 6 Uhr, Versammlung, bei R. Witte, Fehrl. 20.

Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe 5a. Mitglieder-Versammlung, 5. 8., 7 1/2 Uhr, Gesellschaftshaus am Hohenlohe Markt, Kollaborieren Str. 3. — Nachgruppe 11. Mitglieder-Versammlung, 5. 8., 7 1/2 Uhr, Kollaborieren Hof, Kollaborieren Str. 67. — Nachgruppe 8a. Mitglieder-Versammlung, 5. 8., 7 Uhr, Schulplatz, Kollaborieren, Neue Fohlsbüchel 25.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals. Post- und Telegraphenbeamte, Postboten, Postkassen, Postkassierer, Postkassierinnen, Post- und Telegraphenbeamte, telegraphische Telegraphenbeamte und Telephonbeamte zum gesamten Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin. Sonnabend, 6. August, im Gemeindefesthaus, SO. 16, Engelstraße 14-15 (großer Saal). Teilungsmitglieder-Versammlung.

Verband der Sattler, Tapetierer und Portiermeister. Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr, bei Kocher, Wehler Str. 17, Versammlung der Kreisrat und Parteimitglieder. Vortrag von Dr. Einkeim.

Verband der technischen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Schöneberg. Am 6. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Oberhof, Oberstr. 28, Konnatserversammlung und Jubiläum.

Wagner-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverwerkes. Ortsgruppe Groß-Berlin. Sektion Zeitungsverwerke. Donnerstag, 1/2 Uhr, in den Zwickauer, Kollaborieren Str. 30, Sektionsversammlung.

Reinigungswart und Helfer. Die Angehörigen der Was-Berände, die in den Betrieben des Arbeiterverbandes für Feinmechanik und Optik beschäftigt sind, versammeln sich am Donnerstag, den 8. August, abends 7 Uhr, im Kulturvereinshaus, Kollaborieren-Str. 21. Tagesordnung: Berichterstattung über die Tätigkeitsleistungen.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Heute Massenbeteiligung an der Demonstration.

Tarnserrin Räte. 4. Männerabteilung. Freitag, den 6. August, abends 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung, beim Turnen. Krüger, Füllstr. 10. Das Turnen fällt an diesem Tage aus.

Arbeiter-Wanderverein „Berita“. 2. Oberpostdirektionsbezirk, Sonntag, 18. August. Besuch der schönen Punkte des Spreemals, eine sehr ausdauernde. Teilungsmitglieder 30 Mk., bei Wolfshilf, Statler Str. 22, Döngemack, Kommandanten-Brücke 8, zu haben.

Schönhauserverein „Welle“, Wehl, Pichtenberg. Donnerstag, nach der Wohnungs-Konferenz, Monats-Sitzung, bei Radtke, Kollaborieren. 26, Ede Spatzweberstr.

Lebensmittelkalendar

Marziesdorf. Für den Monat August 1920, werden aus den Bez. Abschnitt der Schloßstraße 5 drei Fächchen Süßholz, zum Preise von 1 Mk. je Fächchen, in den Apotheken und Drogerien ausgeben. Süßholz erhalten 3 G-Pfunden, zum Preise von 7,40 Mk. je Stück, ebenfalls in den Apotheken und Drogerien, auf Schloßstraße 5. Die neuen Schloßstraßen werden gegen entsprechende Legitimation in den Bezirkskommissionen, abends von 6-7 Uhr, ausgeben.

Beamtenschaft für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Gesamtvertrieb für den Teilzeitvertrieb: Rudolph Romer, Berlin. — Beilage: Genossenschaft „Freiheit“, S. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 54.

Die gute Massary-Zigarette

So überzeugend diese Worte klingen, so überzeugend wirkt die Massary-Zigarette auf den Raucher / Marken Sie sich die beliebten Spezialmarken

Urteilen Sie selbst!

Classe 30 Pfg. Caid 40 Pfg.